Die Sozialdemokratie braucht mehr Eurofighter

Die Mitte-links-Parteien haben bei den EU-Wahlen vor allem deshalb verloren, weil sie keine Europavision haben. Das Paradoxe daran: Niemand braucht Europa für seine politischen Ziele mehr als die Sozialdemokraten.

*Nikolaus Kowall**

Die Niederlage für die SPE bei den Wahlen zum Europa-Parlament hat, abgesehen von innenpolitischen Spezifika, vor allem zwei Gründe. Nach 20 Jahren Koketterie mit dem Neoliberalismus fehlt es an Wirtschaftskompetenz einerseits und an Glaubwürdigkeit bezüglich eines Kurswechsels andererseits. Progressive Vorstellungen über die Organisation der sozialen Marktwirtschaft sind nur noch marginalisiert in der innerparteilichen Opposition vorhanden. Die Führungsebene der europäischen Sozialdemokratie hat jene Deregulierungspolitik, die zur Krise führte, selbst mitgetragen. Sie kann den Menschen nicht von heute auf morgen eine Alternative zum Wirtschaftsliberalismus glaubhaft vermitteln, weil sie keine hat.

Provinzielle Wahlkampagne

Das spürt die Bevölkerung und wählt jene Parteien, die zumindest mit dem Thema Wirtschaft assoziiert werden, wie der Wahlsieg der Konservativen beweist. Die Zündler werden zur Feuerwehr gemacht, weil die Menschen sich politisch nicht orientieren können. Die Sozialdemokratie hat die dazu notwendigen Ecken und Kanten längst geschliffen.

Dabei müsste die Schaffung einer Sozialunion das prioritäre Kampffeld der SPE sein. Jede nationale Lohnerhöhung und jede progressive Steuer kann ein Wettbewerbsnachteil gegenüber jenen Ländern bedeuten, die einen gegenteiligen Kurs fahren. Bei gesamteuropäischen Mindeststeuersätzen, einer gemeinsamen Devisentransaktionssteuer oder im Falle koordinierter Lohnverhandlungen vermindert sich diese Problematik schlagartig. Europa ist der völlig unterschätzte Schlüssel im Kampf für eine soziale und demokratische Gesellschaft.

Die SPÖ streifte mit ihrer Wahlkampagne immer wieder am ersten Gebot des Provinzialismus an: „In der EU das Beste für Österreich herausholen". Dabei müsste man laut sagen, dass das Beste für Europa auch das Beste für Österreich ist. Die Absenz einer positiven Vision für Europa ist der zweite Grund für das desaströse Wahlergebnis. Der Grundstein für eine „Eurovision" wäre die Betonung der europäischen Wertegemeinschaft. Es gibt so etwas wie einen kontinentalen Konsens, der viele Menschen weltanschaulich zusammenhält und identitätsstiftend wirkt. Teile dieses Konsenses sind in manchen Regionen des Kontinents weniger stark ausgeprägt, und einzelne Regierungen mögen gelegentlich daraus ausbrechen, aber im Großen und Ganzen kann man sich in Europa auf die folgenden Grundhaltungen verlassen:

Die Betonung der Menschenrechte: Die Europäische Menschenrechtskonvention ist für alle Mitglieder des Europarates verbindlich, zusätzlich haben sich sämtliche EU-Staaten dem Internationalen Strafgerichtshof der Vereinten Nationen unterworfen. Eine Behörde, die von den USA offen boykottiert wird. Der Konsens zwischen Linken, Liberalen und Christen gegen die Todesstrafe ist absolut wasserdicht, auch die in den Vereinigten Staaten heftig geführte Folterdebatte stößt in Europa ebenso auf Fassungslosigkeit wie Guantánamo.

Sektion Alsergrund an Löwelstraße: Europa ist der Schlüssel für eine demokratische Gesellschaft. *F.: Archiv*

Oder die Trennung von Staat und Kirche: Während Barack Obama regelmäßig öffentlich um Gottes Segen bittet, ist dies in Europa ein „No-go". Eine Konfrontation zwischen Abend- und Morgenland, wie sie von rechten Kreisen herbeigeredet wird, gibt es nicht. Wenn, dann besteht eine Konfrontation zwischen einer säkularisierten europäischen Gesellschaft und den fundamentalistischen Kräften sämtlicher Religionen. Im Gegensatz zu vielen anderen Regionen der Erde ist die politische Religiosität in Europa bedeutungslos.

Sozialstaat stärken

Schlussendlich das Bekenntnis zum Sozialstaat: Dieser Konsens hat in den vergangenen Jahre gelitten. Während es etwa unter Rot-Grün in Deutschland zu einem massiven Rückbau kam, gab es auch Regionen wie Skandinavien, in denen der Sozialstaat neue erfolgreiche Wege fand. Das europäische Wohlfahrtsstaatsmodell wurde zurückgedrängt, ist aber in den meisten Ländern weit davon entfernt, auf US-Verhältnisse abzusacken.

Keine aggressive Außenpolitik: Frei von jeder Ahnung bezüglich Kultur und Geschichte des Landes, einen Staat militärisch unterwerfen? Dieses Cowboy-Abenteuer haben zwar einzelne europäische Regierungen mitgetragen, doch wurde der Irakkrieg auch von der Mehrheit der Bevölkerung Großbritanniens oder Spaniens stets abgelehnt. Ebenso setzt Europa gegenüber anderen „Schurkenstaaten" auf Diplomatie.

Integration vertiefen

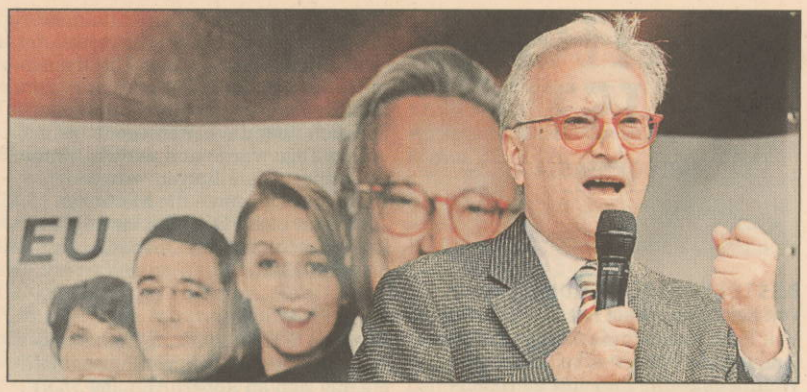
Gerade die Sozialdemokratie kann mit diesem faktischen, wenn auch institutionell nicht fixierten Grundkonsens der Union gut leben. Umso mehr sollte sie nicht müde werden zu betonen, dass Europa nicht nur ein Wirtschaftsprojekt, sondern vor allem eine Wertegemeinschaft ist. Darauf aufbauend ist eine weitere Integration des Kontinents in Richtung dessen, was der Leider-nicht-mehr-EU-Abgeordnete Johannes Voggenhuber die „Europäische Demokratie" nannte, absolut wünschenswert. Etwa die Einbindung des europäischen Parlaments in alle Entscheidungen der Union sowie die Schaffung eines europäischen Listenwahlrechts.

Eine Vision auf längere Sicht wäre die vollständige Übertragung der Europaagenden von den nationalen Politfürsten auf eine europäische Legislative und die EU-Kommission als Exekutive. Gesetze würden von einem europäischen Zweikammernparlament beschlossen, wobei der aktuell aus Ministern bestehende Rat in eine direkt gewählte Kammer der Nationalstaaten umgewandelt würde. Die Kommission würde vom Parlament gewählt und wäre nur diesem gegenüber verantwortlich.

Diese Transformation könnte die komplizierte und demokratisch fragwürdige aktuelle Konstruktion ersetzen und Europa endlich handlungsfähig machen. Besser ein föderaler Staatenbund als ein zentralistischer Bundesstaat.

Es soll offen ausgesprochen werden, dass das Ziel der europäischen Integration à la longue der Zusammenschluss zu den Vereinigten Staaten von Europa ist. Im Sinne des EU-Wahlspruchs „In Vielfalt geeint" sollte versucht werden, die kulturelle Buntheit zu erhalten und der Bevölkerung zu vermitteln, über welch unfassbaren Reichtum sie damit verfügt. Wenn die Menschen eine Liebesbeziehung zu dieser Vielfalt, basierend auf gemeinsamen Werten, aufbauen können, dann hat die europäische Idee gewonnen.

**Nikolaus Kowall ist Vorsitzender der Sektion 8 der SPÖ Alsergrund.*



Zu viel Krampf statt Kampf für das Projekt Europa: Hannes Swoboda beim Versuch, politische Glaubwürdigkeit zu vermitteln. *Foto: APA*

HANS RAUSCHER

Wo das alles enden wird

Um den Zustand der politischen Gesundheit des Landes zu charakterisieren, genügen ein paar Fakten: bei der EU-Wahl haben insgesamt 36 Prozent entweder extrem rechte (FPÖ, BZÖ) oder querulatorische (H.-P. Martin) Politiker und Parteien gewählt.

Der Regierungschef, der Vizeregierungschef und die Chefin der einzigen zivilisierten Oppositionspartei haben innerparteilich wie bei der Bevölkerung insgesamt keine große Autorität. Faymann und Glawischnig gelten als überfordert, Josef Pröll genießt noch einen gewissen Vertrauensvorschuss, wird auch nicht gerade als große Zukunftshoffnung gesehen. Praktisch alle Parlamentsparteien, die einen sehr, die anderen etwas weniger, unterwerfen sich dem (vermuteten) Willen eines Zeitungs-Patriarchen im Spätherbst.

Der Dritte Nationalratspräsident, Martin Graf (FPÖ), erteilt dem „antifaschistischen Grundkonsens" der Republik eine klare Absage. Das bedeutet, dass ein wichtiger parlamentarischer Würdenträger das demokratische Gründungsverständnis dieses Staates ablehnt. Die Gründungsparteien dieses Staates – SPÖ und ÖVP – können und wollen diese Ungeheuerlichkeit nicht ahnden. Insbesondere die ÖVP klammert sich an Formalismen. (Pröll: „Zuerst muss er gegen das Wiederbetätigungsgesetz verstoßen.")

In diesem Klima fühlen sich Neo-Nazi-Gruppen ermutigt und orientierungslose Jugendliche laufen entweder Neo-Nazi-Gruppen oder extrem rechten Politikern wie Strache zu.

Wo das enden wird? Zunächst in einer weiteren Verschärfung des politischen und sozialen Klimas. In der SPÖ werden die Kräfte immer stärker, die den Parteivorsitzenden Faymann in seiner Unfähigkeit, eine Richtung vorzugeben, zu einer Befriedigung der Kernklientel zwingen wollen: „Reichensteuern" müssen her. Voves, Burgstaller, Erich Haider, der Gewerkschaftsflügel – sie wollen Geld verteilen an jene, die ihnen zu Strache (und Martin) davonrennen. Gleichzeitig sind sie unfähig, die extrem teuren Landesbürokratie- und Gesundheitssysteme zu reformieren.

Die ÖVP wird das nicht mitmachen wollen. Sachlich und partei-egoistisch zu Recht. Irgendwann droht daher die Gefahr, dass sich die Volkspartei doch wieder die extreme Rechte schönreden will. Dann kommt es darauf an, ob Strache ihr den Gefallen tut, sich pro forma zu mäßigen und das dichte Geflecht an Rechtsextremen, Martin Graf inklusive, das die FPÖ inzwischen dominiert, pro forma zu verräumen.

Die Chancen stehen gut, dass er das nicht tut, weil er a) weiß, dass eine schwarz-blaue Koalition schon einmal grandios gescheitert ist, und weil er b), wenn schon, viel lieber mit einer durch ihn geschwächten SPÖ koalieren möchte. Das österreichische politische System, das so lange erfolgreich war, leidet unter Zerfallserscheinungen: Verlotterung der demokratischen Sitten, Aufstieg der extremen Rechten und von bizarren Rappelköpfen, Schwäche der zivilisierten Kräfte. Wenn ÖVP oder SPÖ die extreme Rechte wider alle Erfahrung doch weiter als Partner sehen, statt sie energisch und einfallsreich zu bekämpfen, dann wird das in der Zerstörung des demokratischen Systems enden.

hans.rauscher@derStandard.at

Beleidigung des Theaters

Das andauernde Lamento über das neue „kulturfeindliche" Anti-Korruptionsgesetz veranlasst mich zur Fragestellung, für wen wir eigentlich spielen. Bis jetzt war es klar und jedermann bewusst, dass Opernhäuser, Theater und Festspiele in Österreich aus Steuergeldern erhalten werden – mit der Verpflichtung, diese für Kultur vermittelnde Veranstaltungen zu verwenden und dem Steuerzahler etwas

Zwischenruf zum Thema Kultur und Korruption: Joan Holender. *Foto: AP*

falls beruht das System der Kulturvermittlung aber darauf, dass Wirtschaftsunternehmen Karten erwerben, um diese etwaigen Kunden oder anderen Personen in Form von Geschenken anzubieten. Das widerspricht in krassester Form sowohl dem Wesen des Theaters als auch dem stillen Übereinkommen mit dem Steuerzahler. Es ist geradezu eine Beleidigung der Institution Theater, wenn

DIE AKTUELLE **ZEITSCHRIFT**

Befreite Katze, bekleidete Hühner

Hühner haben es bitter nötig, schöner gemacht zu werden – mit Strickpullunder, Rastaperücken oder in Safari-Optik. Edgar Honetschläger hat sie für seine Serie *Chicken Suit* dementsprechend eingekleidet. Die individuellen Hendl-Porträts haben es in *schau*, dem neuen Kunstmagazin für Jugendliche, aufs Starplakat geschafft. Also dorthin, wo in *Bravo* oder *Xpress* derzeit Katy Perry oder LaFee lasziv herablächeln. Hendln überall!

Über Honetschläger und sein Geflügel erfährt man in *schau* noch mehr: Im Interview stellt der in Tokio und Wien lebende Österreicher seinen Kunststil „GAGAism" vor und erzählt anlässlich seiner Ausstellung *Edopolis* in Krems (nur noch dieses Wochenende)

gen Paul Ropac kurzerhand nach seinen Lieblingssitcoms befragt (seine Bregenzer Schau spielte mit Sitcomelementen).

Wie eine auf die Wand gemalte Katze fachmännisch von jahrzehntealter Tünche befreit wird, darüber gibt ein Kunstpraxis-Bericht von der Burg Raabs Auskunft: sachlich, informativ und ansprechend. Ziemlich altbacken wirkt dagegen das als Kunstkrimi präsentierte Restitutionsthema: Klimt-Erbin Maria Altmann im imaginiert saloppen Dialog mit ihrem kalifornischen Anwalt E. R. Schoenberg.

Verbesserungswürdig ist aber vor allem die optische Aufmachung, die in einem Kraut- und Rübenmix aus vielerlei Schriftarten und verspielten grafischen Elemen-